



Blauer Fritz

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION BRANDENBURG

INHALT

Aufarbeitung des rbb-Skandals

Ein Untersuchungsausschuss klärt das Geflecht der Korruption auf.

Seite 3

Die PCK muss weiterarbeiten

Die Lage in Schwedt ist brisant, weitsichtiges Handeln dringend erforderlich.

Seite 4

Mittelstand braucht Schutz

Brandenburg braucht heimisches, produktives Gewerbe mit sicheren Lieferketten.

Seite 8

Abschiebeoffensive starten

Mehr illegale Migranten als 2015 – und kaum jemand wird abgeschoben.

Seite 9

Konferenz der AfD-Fraktion

Die Corona-Bilanz der Regierung ist verheerend und harrt der Aufarbeitung.

Seite 10/11

Doppelhaushalt 2023/24

Ausdruck der Arroganz einer abgehobenen und überforderten Regierung.

Seite 14

Jedes Jahr 7.000 Euro

Ministerpräsident Woidke nutzte seine Bahncard in neun Jahren kein einziges Mal.

Seite 17

WINTERNOTHILFE EINRICHTEN –



Quelle: Adobe Stock/ rh2010

DEUTSCHE INTERESSEN VERTRETEN

Politische Entscheidungen der wechselnden Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben zu einer Wirtschafts- und Energiekrise geführt, von deren Auswirkungen das Land Brandenburg und seine Bürger in besonderem Maße betroffen sind.

Durch die an abstrakten Klimazielen orientierte Energiewende steht das Lausitzer Braunkohlerevier vor dem Aus, ohne dass es bislang eine tragfähige Alternative (z.B. Kernenergie) zur Braunkohle als Energieträger gibt.

Die Existenz der PCK-Raffinerie Schwedt, die ganz Nord- und Mitteldeutschland mit Kraftstoffen versorgt, steht durch das Embargo gegen Russland auf dem Spiel. Eine Garantie des Weiterbetriebs gibt es bis heute nicht.

Die Bundesregierung weigert sich auch, nach dem Anschlag auf die Gaspipelines

Nord Stream 1 und 2 am 26. September dieses Jahres die intakte Röhre der Gaspipeline Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen.

Das bedeutet sowohl für die Industrie als auch die Handwerker und Kleinunternehmer der Region, dass sie durch die steigenden Energiepreise nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können. Für die Bürger Brandenburgs, die zu über 50 Prozent ihre Heizung mit Gas betreiben, droht im Winter die kalte Wohnung.

Die Landesregierung verlässt sich auf die Bundesregierung – die AfD-Fraktion fordert seit September (!) die sofortige Einrichtung eines Sondervermögens „Winternothilfe 2022/23“ (Drs. 7/6234), aus dem die Lohn- und die Einkommensteuer vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. Mai 2023 an die Bürger erstattet werden sollen.



Tragen Sie sich in unseren Rundbrief ein:
www.afd-fraktion-brandenburg.de/newsletter



Liebe Leser,

am 30. Oktober sah ich im Nachrichtenkanal Twitter erstmals eine „Empfehlung für die ökologische Ausrichtung des Stromverbrauchs“. Ob sie ernst gemeint war oder nicht – sie passt in eine Zeit, in der „Bürger zunehmend Fälle von Energieverschwendung melden“ (*Stuttgarter Zeitung*, 30.10.2022) und die Erlebniswelt „Tropical Island“ vom Tagesspiegel als „Energieverschwendung“ angegriffen wird.

Mich erinnern diese Warnungen und Empfehlungen an die DDR, in der wir – holprig gereimt – ermuntert wurden: „Energie nicht verschwenden, rationell anwenden“ und „gewusst wie – spart Energie“, und in der uns die Tageszeitungen regelmäßig über die „Spitzenbelastungszeiten“ des Energieverbrauchs unterrichteten.

Aber sosehr sich die Bilder gleichen, die Gründe für die Energiearmut damals und heute sind völlig verschieden. In der DDR war die Schwäche nicht gewollt, sondern lag am System: Der Osten war technologisch im Hintertreffen, weil er von der schwerfälligen Sowjetunion abhängig war, was Reformen verhinderte und private Initiative hemmte. Er konnte es nicht besser. „Wie heißen die Hauptfeinde des Sozialismus?“, fragte ein nicht ohne Grund beliebter Witz. „Frühling, Sommer, Herbst und Winter“, lautete die Antwort.

Der Westen konnte es besser. Der Energiemangel von heute ist nicht die Folge von Unvermögen, sondern von Willkür. Er ist das Ergebnis der Energiewende und der Sanktionspolitik gegen Russland. Lassen wir uns von dem jämmerlichen Auftreten der Regierungen in Berlin und Potsdam nicht täuschen: Die Energiearmut ist gewollt. Das Embargo gegen

russisches Öl und Gas ist freiwillig, der Ausstieg aus der Atomenergie ist freiwillig, der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist freiwillig. Sehen Sie sich nur einmal an, wie gut gelaunt die Abgeordneten der Grünen im Landtag über die Energiekrise reden, weil sie sich von ihr einen Schub für die „sozial-ökologische Transformation“ erhoffen.

Und leider äußern sich da nicht nur Wunschvorstellungen von Spinne- nern. Die „Große Transformation“ ist längst Programm der EU-Kommission, der Bundesregierung und auch der Brandenburger Regierungskoalition von SPD, Grünen und CDU, niedergelegt und nachzulesen im Koalitionsvertrag. Im Januar 2020 sprach die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos von „Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß“. „Die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns angewöhnt haben, werden wir in den nächsten 30 Jahren verlassen“, kündigte sie in der ihr eigenen Sprache an.

War es nur ein Zufall, dass wenige Wochen danach mit dem ersten Lockdown die Corona-Zwangmaßnahmen begannen und bis heute in Brandenburg und ganz Deutschland fortgeführt werden, obwohl Länder wie Schweden, in denen es seit langem keine Einschränkungen mehr gibt, weit besser fahren?

Gewiss kein Zufall war es, dass Merkel auch in Davos auf die Flüchtlingskrise zu sprechen kam und die Grenzöffnung 2015 rechtfertigte. Denn eine Absage an „die gesamte Art unseres Wirtschaftens und Lebens“ bedeutet auch eine Abkehr von der nationalstaatlichen Ordnung. Folgerichtig bereitet die EU seit September 2020 zusätzlich zum Globalen Migrationspakt der UNO noch ein eigenes „Neues Migrations- und Asylpaket“ vor, um die Migration nach Europa „langfristig zu steuern und zu normalisieren“.

Wie immer, wenn es irrsinnig wird, geht Deutschland voran und nimmt im Krisenjahr 2022 mehr Migranten auf als 2015. Für Brandenburg wurde das „Aufnahmesoll“ inzwischen auf etwa 36 000 Personen erhöht. Der größte Teil der Migranten kommt längst nicht mehr aus der Ukraine, sondern aus Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Orient. Die Versorgung allein der in diesem Jahr gekommenen Migranten (über eine Million) kostet rund 50 Milliarden Euro. Viele Kommunen, wie etwa Cottbus, schaffen das nicht mehr. Das kann man täglich im Stadtbild sehen. Und dass Cottbus einen Zuzugsstopp für Flüchtlinge nur wenige Tage nach der Stichwahl um das Oberbürgermeisteramt verfügte, hat gewiss nichts mit der Kandidatur meines Fraktionskollegen Lars Schieske zu tun ...

Corona-Maßnahmen und die Migrationskosten, plus Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, plus Energieverknappung durch Sanktionen und Energiewende – das ergibt eine Inflation, die Ende 2022 offiziell bei gut zehn Prozent liegt, in vielen Bereichen wie bei Energie- und Treibstoffen weit darüber. So hoch war sie seit Jahrzehnten nicht und folgerichtig sind auch in Brandenburg, so die IHK Cottbus im Oktober, „die Geschäftserwartungen so schlecht wie nie“.

Energiearmut, Rekordmigration und Inflation gehören zusammen. Sie sind die Folgen einer Politik, die auf die „Transformation“ unseres Landes und unserer Lebensweise zielt. Achten Sie darauf, wie oft dieses Wort inzwischen verwendet wird. Die „Transformation“ ist ein Angriff auf unsere wirtschaftliche und persönliche Freiheit. Wie im Bundestag, so ist auch im Landtag Brandenburg die AfD die einzige Fraktion, die sich dieser Politik entgegenstellt. Wir wollen nicht transformiert werden. Wir wollen wir bleiben!

Ich grüße Sie herzlich,

Ihr Dr. Hans-Christoph Berndt,
Fraktionsvorsitzender



KORRUPTION, SKRUPELLOSIGKEIT UND VETTERNWIRTSCHAFT BEIM RBB!

Interview zum rbb-Untersuchungsausschuss mit Dennis Hohloch, Parlamentarischer Geschäftsführer und Medienpolitischer Sprecher

Blauer Fritz: In den vergangenen Wochen verging kaum ein Tag ohne neue Enthüllungen über die Zustände beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Was ist aus Ihrer Sicht das Hauptmerkmal des rbb-Skandals, der zu einer bundesweiten Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geführt hat?

Dennis Hohloch: Charakteristisch für den rbb-Skandal, aber auch für die Enthüllungen in den anderen Rundfunkanstalten ist, dass Geld offensichtlich keine Rolle spielt, solange es von dem Gebührenzahler kommt, und dass man sich an Gesetz und Moral als Öffentlich-Rechtliche nicht zu halten hat.

Blauer Fritz: Wie konnte es so weit kommen? Immerhin gibt es ja zahlreiche Kontrollgremien, deren Aufgabe darin besteht, solche Zustände zu verhindern?

Dennis Hohloch: Wenn der Verwaltungsratsvorsitzende, dessen Aufgabe darin besteht, der Intendantin auf die Finger zu schauen, mit ebendieser bestens befreundet ist, muss man sich über solche Zustände nicht wundern. Gleichzeitig hat sich der Großteil des Verwaltungsrates auf Schlesingers Spiele eingelassen. Rund 40 Personen der Chefetage haben vom Bonussystem und utopischen Gehältern profitiert. Die Vorsitzende des Rundfunkrates trauete sogar zwei der Direktoren. So viel also zu den „unabhängigen Kontrollinstanzen“. All das zeigt, dass wir es mit einem Geflecht aus Korruption, Skrupellosigkeit und Vetternwirtschaft zu tun haben. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn ein System derart mit Geld zugestopft wird wie der rbb.

Blauer Fritz: Reden wir über Personen. Die Intendantin, Patricia Schlesinger, musste, wenn auch uneinsichtig, zurücktreten, der Verwaltungsdirektor, Hagen Brandstätter, nach einer langen Hängepartie ebenfalls. Wer gehörte

noch zu dem Netzwerk, das sich gegenseitig Rückendeckung gab?

Dennis Hohloch: Zum einen der ehemalige Verwaltungsratsvorsitzende Wolf-Dieter Wolf, der die exorbitant hohen Gehälter mit der Intendantin ausgehandelt und dem Ehemann der Intendantin einen Beraterauftrag in Höhe von rund 100.000 Euro zugespielt haben soll. Ermittelt wird auch gegen die inzwischen beurlaubte Juristische Direktorin Susann Lange wegen des Verdachts der Beihilfe zur Untreue. Dabei geht es um das Bonussystem und die Gehaltsfortzahlungen an Mitarbeiter, die keine Beschäftigung mehr ausüben. Außerdem alle Mitglieder des Verwaltungsrates, die sich an – wie durch meine Nachfrage in einer Anhörung herauskam – Klüngerunden mit Schlesinger beteiligt haben, um anderen Vorstandskollegen Informationen vorzuenthalten.

Blauer Fritz: Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg hat durch eine Anzeige sehr frühzeitig versucht, die Behörden zu Ermittlungen zu zwingen. Wer wurde von Ihnen angezeigt und welche Konsequenzen hatte das?

Dennis Hohloch: Kurz nach den ersten Enthüllungen zu den sogenannten Beraterverträgen und einem ominösen Geschäftsessen in den Privaträumlichkeiten der Intendantin erstatteten wir gegen die Intendantin Schlesinger, deren Ehemann Spörl und den Verwaltungsratsvorsitzenden Wolf Strafanzeige wegen des Verdachts der Untreue und Vorteilsannahme. Die Staatsanwaltschaft Berlin stellte jedoch das Ermittlungsverfahren vorläufig ein, da kein Anfangsverdacht einer Straftat vorgelegen habe. Wenige Tage später nahm jedoch die Generalstaatsanwaltschaft das Verfahren auf, führte aber lange Zeit keine einzige Hausdurchsuchung durch, bis offenbar Unterlagen im rbb vernichtet wurden. Wir reichten daraufhin Beschwerde ein, die abermals abgelehnt wurde.

Blauer Fritz: Kommen wir zu den Inhalten des rbb. Die Berichterstattung über die Flüchtlingskrise oder die Corona-Pandemie war so offensichtlich einseitig, dass man schon vor den rbb-Enthüllungen von einer Vertrauenskrise sprechen konnte. Wie schätzen Sie die journalistische Arbeit des rbb ein?

Dennis Hohloch: Abgesehen von der Berichterstattung zur rbb-Krise, für die eigens ein Recherche-Team eingerichtet wurde, verläuft diese nach wie vor sehr einseitig. Die Arbeit unserer Oppositionsfraktion im Landtag und darüber hinaus wird weitestgehend ignoriert. Seit der letzten Bundestagswahl wurde lediglich ein einziger AfD-Vertreter in eine Talkshow bei ARD und ZDF eingeladen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kommt also seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur neutralen, sachlichen, vollständigen Berichterstattung nicht nach.

Blauer Fritz: Die AfD-Fraktion ist Oppositionsführerin im Landtag. Was wird sie tun, um den Skandal weiter aufzuklären, und vor allem: Wie lassen sich solche Zustände der Selbstbedienung und Regierungsnähe in Zukunft vermeiden?

Dennis Hohloch: Wir werden einen Untersuchungsausschuss zum rbb-Skandal im Landtag Brandenburg einreichen. Aufgrund unserer Fraktionsstärke können wir diesen auch einsetzen lassen. Außerdem haben sich die medienpolitischen Sprecher der AfD-Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion bei einem interfraktionellen Arbeitstreffen zu einem Rundfunk der Zukunft verständigt. Nach dem Konzept der AfD soll der zukünftige ÖRR nicht mehr mit Zwangsbeiträgen finanziert und auf zehn Prozent des bisherigen Umfangs geschrumpft werden. Die Berichterstattung soll sich dabei auf Nachrichten, Regionales und Kultur konzentrieren. Eine Bezahlung soll nur noch nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes erfolgen.



Quelle: Adobe Stock / Henry

STIRBT DIE PCK, STIRBT AUCH DIE REGION!

Nun ist es beschlossene Sache: Ende 2022 soll die bislang über die „Druschba“-Pipeline erfolgte Versorgung der PCK-Raffinerie in Schwedt mit russischem Schweröl eingestellt werden. Nach fast 60 Jahren endet damit eine Geschichte, in der die PCK den Wohlstand der Region sowie die Versorgung des norddeutschen Raumes mit fossilen Brennstoffen sicherstellte. Die Lage, die sich aus einer Einstellung des Werks-

erwartenden massiven Bevölkerungsschwund werden auch die Stadt selbst und ein erheblicher Teil ihres Umfeldes mit in den Abgrund gerissen.

Auch die Versorgungssicherheit des gesamten norddeutschen Raumes ist gefährdet. Über die Grenzen Brandenburgs hinaus stammen derzeit 90 Prozent der fossilen Brennstoffe aus Schwedt. Wie dies kompensiert werden soll, ist

nicht abzusehen. Dabei geht es nicht allein um eine weitere Verteuerung der ohnehin schon hohen Treibstoffpreise, sondern es besteht die Gefahr, dass eine schwerwiegende Verknappung oder gar ein zeitweises Ausbleiben der Lieferungen eintritt.

Die Brisanz der Lage macht ein besonnenes und weitsichtiges Handeln dringend erforderlich. Seitens der politisch Verantwortlichen ist ein solches jedoch nicht ersichtlich. Eine vorgeblich für den Erhalt der PCK eingerichtete Task Force ist bislang gänzlich ergebnislos geblieben. Angesichts des Umstandes, dass sie bereits vor einem halben Jahr ihre Tätigkeit

aufgenommen hat, ohne auch nur ein einziges Konzept für die Rettung des Werkes zu erarbeiten, kann sie getrost als Ablenkungsmanöver der politisch Verantwortlichen betrachtet werden.

Ebenso wenig hoffnungsvoll stimmen die Vorschläge, die Versorgung der PCK aus anderen Quellen zu organisieren. Experten erachten solche Ansinnen als ebenso kostspielig wie kurz- bis mittelfristig nicht umsetzbar.

Aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung des jeweiligen Rohöls wären Umbauten notwendig, die Monate in Anspruch nehmen würden. Sollte die Regierung trotzdem an ihrem Vorhaben, sich von russischen Lieferungen lösen zu wollen, festhalten, so braucht es für Schwedt eine Alternative, die insbesondere drei Punkte erfüllen muss:

1. Abschluss langfristiger Versorgungsverträge mit neuen Partnern, da nur so die genaue Zusammensetzung der zu verarbeitenden Öle planbar wäre.
2. Erstellen eines Umbauplanes, in dem auch ein klarer und realistischer Zeit- und Finanzrahmen zur Umsetzung des Vorhabens formuliert wird.
3. Ausbau der Infrastruktur zur Gewährleistung der Belieferung der PCK – sei es über den Rostocker Hafen oder über eine andere Versorgungslinie.

Als einzige Vertreterin der Interessen der PCK-Beschäftigten, der Region Schwedt sowie unserer Bürger hatte die AfD-Fraktion einen Antrag (Drs. 7/6397) eingebracht, der die Regierung auffordert, sich „auf allen Ebenen für den fortlaufenden und uneingeschränkten Betrieb der PCK-Raffinerie“ einzusetzen. Erwartungsgemäß wurde dieser Antrag abgelehnt. Das Wohl der eigenen Bevölkerung, insbesondere die wirtschaftliche Sicherheit, und die Gewährleistung einer beständigen Versorgung zählen für die Altparteien offenkundig nicht, sondern allein die bedingungslose Unterstützung eines antirussischen Kurses der Bundesregierung.

Eine solche Haltung widerspricht dem Auftrag der Politik, dem Wohle des eigenen Volkes zu dienen. Allein die AfD hält an diesem Auftrag fest, und wir werden nichts unversucht lassen, um dem Grundsatz des Dienstes am Volke endlich wieder Geltung zu verschaffen.

*Felix Teichner,
direkt gewählter Abgeordneter im
Wahlkreis 11 (Uckermark I)*



Quelle: Archiv

Die Abgeordneten Steffen Kubitzki und Felix Teichner setzen sich für den Erhalt der PCK ein.

betriebes ergibt, ist dramatisch – für die wirtschaftlich direkt Betroffenen, für Schwedt und die Region, aber auch für die Bevölkerung im Allgemeinen.

Tausende bei der Raffinerie und den mit ihr arbeitenden Betrieben Beschäftigte stehen nun vor den Trümmern ihrer Existenz. Mit dem Aus der Raffinerie wird ein Großteil von ihnen gezwungen sein, andernorts zu versuchen, sich ein neues Leben aufzubauen. Durch diesen zu

HOLZ ALS WÄRMEQUELLE

Gas und Strom werden immer teurer und für viele Brandenburger unbezahlbar. In solchen Zeiten gewinnt Holz als Energieträger besonders für Privathaushalte wieder an Bedeutung. Nicht zuletzt, weil die modernen und automatischen Holzfeuerungen, beispielsweise Pelletheizungen oder nach dem Vergasungsprinzip arbeitende Scheitholzkesel, heute so effizient und sauber sind wie nie zuvor.

Vor diesem Hintergrund hat die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg in einem Antrag vorgeschlagen, das Energiepotenzial des Brandenburger Waldes zukünftig intensiver zu nutzen (Drs. 7/5682). Dieser Ansatz ist aus unserer Sicht naheliegend, da insbesondere im Zusammenhang mit dem dringend notwendigen Waldumbau sowie aufgrund der Schadensereignisse im Wald zunehmend Sortimente anfallen, die neben einer stofflichen Verwertung schwerpunktmäßig für eine energetische Nutzung geeignet sind. Offenliegende Nutzungspotenziale bestehen

diesbezüglich insbesondere infolge der Akkumulation von Durchforstungsrückständen im Klein- und Kleinstprivatwald.

In der Debatte wurde der Antrag von den Altparteien mit der böswilligen Unterstellung abgelehnt, es ginge uns als AfD-Fraktion in erster Linie darum, „wertvolles Holz zu verfeuern“. Selbstverständlich geht es uns nicht darum, „unseren Wald zu verheizen“. Vielmehr wollen wir im Rahmen des Waldumbaus struktureiche, ungleichaltrige und wertvolle Mischbestände aus Laub- und Nadelholzarten entwickeln. Allerdings erfordert dieser Waldumbau Platz für neue Anpflanzungen. Warum sollte man dieses Energiepotenzial, das sich im Wald als Rest- und Schadholz stapelt und dort die Waldbrandgefahr erhöht, nicht für den heimischen Ofen nutzen?

*Kathleen Muxel,
Forstpolitische
Sprecherin*



BRAUNKOHLE, ÖL UND GAS SIND KEIN TEUFELSWERK!

Die Bundesregierung spielt ein böses Spiel mit uns Brandenburgern. Sie weigert sich, den für die deutsche Kohlepolitik und für die Lausitz wichtigen Zwischenbericht zum Braunkohleausstieg vorzulegen. Und sie kommt ihrem selbstgesetzten Gebot nicht nach, eine preisgünstige Energieversorgung zu gewährleisten und den Kohleausstieg entsprechend zu gestalten. Sie hält auch in der Krise trotzig am vorzeitigen Kohleausstieg 2030 fest. In unserem Antrag „Energiewende umsteuern“ (Drs. 7/6399) verlangten wir von der Landesregierung, sich deutlich zur Braunkohle zu bekennen und eine Regierungserklärung darüber abzugeben. Die Landtagsmehrheit lehnte das ab.

Das gleiche Bild geben Bund und Land bei der PCK Schwedt ab. Kanzler Scholz ist stolz auf Kurzarbeitspläne, sein verantwortlicher Minister gibt ungefragt kund, dass er wisse, dass ihn keiner in dieser Ecke Brandenburgs wähle. Wir fordern als AfD-Frak-

tion ohne Umschweife, „Weiterbetrieb und Arbeitsplätze der PCK Schwedt [zu] sichern“ (Drs. 7/6397), und stehen damit ziemlich allein. Die Landesregierung verlässt sich auf die Bundesregierung, obwohl diese deutlich gemacht hat, dass sie bereit ist, die Uckermark der Russlandpolitik zu opfern.

Das dröhnende Schweigen der Bundesregierung zu den Hintergründen der Sabotage von Nord Stream 1 und 2, die Folgenlosigkeit der linksterroristischen Erstürmung unserer Tagebaue in Brandenburg und das Leck in der „Druschba“-Leitung, welche die PCK Schwedt bzw. den Osten Deutschlands mit Öl versorgt, sprechen eine deutliche Sprache: Bundes- und Landesregierung stehen hilflos vor der Gefährdung unserer Infrastruktur bei Gas, Kohle und Öl. Ihnen fehlt nicht nur die Kraft, ihre eigenen Bürger zu schützen, sondern auch die für eine Umsteuerung in der deutschen Energiepolitik.

*Steffen Kubitzki,
Energiepolitischer Sprecher*



Quelle: Archiv

SCHALLSCHUTZ FÜR DIE LÄRMOPFER DES BER – KOSTENÜBERNAHME VERLÄNGERN!

Das damalige Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg stellte mit Datum vom 13. August 2004 den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Verkehrsflughafens Berlin-Schönefeld fest. Dieser Planfeststellungsbeschluss regelt unter anderem, dass nur diejenigen Eigentümer eines Grundstücks ein Anrecht auf Erstattung von Aufwendungen für passiven Schallschutz für ihr Gebäude haben, das am 15. Mai 2000 bebaut oder bebaubar war.

Wegen der Verschiebungen bei der Eröffnung des Flughafens ist das nach Meinung der AfD-Fraktion zugunsten der vom Fluglärm durch den BER betroffenen Anwohner zu korrigieren. Die AfD-Fraktion hat deswegen einen Änderungsantrag (Drs. 7/6443) in den Landtag eingebracht, um neben einer finanziellen Entlastung der Kommunen beim passiven Schallschutz bezüglich des Flughafens BER auch denjenigen Menschen zu helfen, die ein Eigenheim für sich und ihre Familie in vom Fluglärm betroffenen Gemeinden bauen müssen, beispielsweise weil die Grundstückspreise dort teilweise noch erschwinglich sind.

Die Landesregierung wurde daher aufgefordert, die Stichtagsregelung im Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld vom 15. Mai 2000 auf den 31. Oktober 2026 zu verlegen. Damit würde die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB GmbH) nicht wie bisher nur bis in den Mai des Jahres 2000 Kostenträger für Maßnahmen zum passiven Schallschutz sein, sondern bis zum 31. Oktober 2026. Neben der durch die falsche Politik der Altparteien verursachten Verschiebung der Flughafeninbetriebnahme um viele Jahre

liegt ein weiterer Grund für die nur von der AfD-Fraktion geforderte Fristverlängerung auf der Hand.

Die Zahl der Einwohner unseres Landes Brandenburg steigt seit dem Jahr 2010 kontinuierlich an. Das war in einer langen Phase abnehmender Einwohnerzahlen, in die auch der bisherige Stichtag des 15. Mai 2000 fällt, so nicht vorhersehbar und konnte deswegen im Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Verkehrsflughafens Berlin-Schönefeld nicht berücksichtigt werden. Eine Folge des Bevölkerungswachstums ist nicht nur der Bau von sensiblen Einrichtungen wie Kindergärten und Altenheimen, sondern auch die Errichtung von neuem Wohnraum, von Büroräumen und Praxisräumen, um so den Zugezogenen eine neue Heimat geben zu können und sie zu versorgen.

Hinzu kommen die Auswirkungen zukünftiger Änderungen der Flugrouten. Anwohner neuer, vom Fluglärm betroffener Gebiete haben die Kosten für den passiven Schallschutz ihrer Eigenheime nach der bisher geltenden Stichtagsbestimmung in der Regel selbst zu tragen. Die Antragsfrist von Anspruchsberechtigten für Schallschutz läuft bis zum 31. Oktober 2025, fünf Jahre nach Inbetriebnahme des Flughafens BER. Nach Ablauf dieser Frist besteht für betroffene Eigenheimbesitzer der BER-Anrainergemeinden keine Möglichkeit mehr, erfolgreich einen Antrag an die FBB GmbH auf Übernahme der Kosten für den passiven Schallschutz zu stellen.

Bei der Standortentscheidung für den neuen Großflughafen Berlin-Brandenburg in Schönefeld hatten Anrainerkommunen und deren Einwohnern leider kein Mitspracherecht. Die

Betroffenen können auch nicht einfach umziehen. Sie müssen die finanziellen Auswirkungen und die Folgen dieser Entscheidung, die Dritte über ihre Köpfe hinweg getroffen haben, ihr Leben lang, heute und in Zukunft, selbst tragen. Bereits aus diesen Gründen ist die Verlängerung der Stichtagsregelung auf den 31. Oktober 2026 sachgerecht und schützt die berechtigten Interessen der Betroffenen.

Die Novelle zur Stichtagsregelung hätte natürlich eine weitere finanzielle Belastung für den Flughafenbetreiber bedeutet. Diese wäre jedoch zeitlich begrenzt und von der betroffenen FBB GmbH hinzunehmen, da eine Rentabilität des Flughafens BER – die wir alle wahrscheinlich ohnehin nicht erleben werden – nicht auf Kosten der Gesundheit und der Lebensqualität unserer Zivilbevölkerung erreicht werden darf. Vielmehr hat Brandenburg seiner Fürsorgepflicht für die vom Flughafenlärm betroffenen Einwohner zu folgen und darf sich dieser Pflicht nicht wegen seiner Funktion als Anteilseigner an der FBB GmbH entziehen. Die von uns vorgestellte Neuregelung der Stichtagsregelung ist alternativlos, weil man den vom Fluglärm Betroffenen nur durch Schallschutz wirklich helfen kann.

Bei der namentlichen Abstimmung unseres Antrages verhielt sich die Fraktion der Freien Wähler, die mit dem Abgeordneten Steffke angeblich für den Schallschutz kämpfen, wie folgt: Sie lehnte geschlossen diesen so wichtigen Antrag ab und ebenfalls die Überweisung in den Ausschuss zur weiteren Beratung.

*Daniel Freiherr von Lützow,
Obmann im UA BER*

DREI JAHRE CORONA –

Zeit für einen neuen parlamentarischen Untersuchungsausschuss!

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg hat Ende September 2020 den bundesweit ersten und bislang einzigen parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erkrankung Covid-19 eingesetzt. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse können ihren Gegenstand allerdings nur vom Tag der Einsetzung an rückblickend untersuchen. Deshalb sind etwa der zweite Lockdown und insbesondere das Impfen keine Untersuchungsgegenstände im ersten Corona-Untersuchungsausschuss.

Da aber nach dem 23. September 2020, dem Stichtag für den Corona-Untersuchungsausschuss 1, noch über einen längeren Zeitraum die vielen grundrechtseinschränkenden und freiheitsbeendenden Maßnahmen der Landesregierung uns alle unserer gewohnten Lebensqualität beraubten, sind noch viele Fragen offen, denen ernsthaft und beharrlich nachgegangen werden muss. Deshalb ist es aus Sicht unserer Fraktion erforderlich, einen zweiten Corona-Untersuchungsausschuss zu weiteren Themenkomplexen einzusetzen, um den Widerspruch zwischen der tatsächlichen Bedrohung durch das Coronavirus und dem Handeln der Landesregierung zu untersuchen.

Die Realität zeigte, dass durch SARS-CoV-2 und die Erkrankung Covid-19 vor allem die vulnerablen Gruppen, das heißt vorerkrankte und ältere Menschen, gefährdet waren. Die Politik der Bundes- wie auch der brandenburgischen Landesregierung war aber nicht realitätsorientiert, sondern maßlos und ohne Rücksicht auf die Freiheit der Bürger. Nach meiner Auffassung muss hierzu eine umfassende Aufarbeitung erfolgen, schließlich reden wir von den schwerwiegendsten Eingriffen in unsere Grundrechte und unseren Alltag außerhalb eines Krieges.

Waren diese Eingriffe wirklich erforderlich? Waren sie gerechtfertigt? Waren sie hilfreich,

überflüssig oder gar schädlich? Diese Fragen müssen mit Blick auf die Zukunft beantwortet werden. Nur dann können wir uns begründet gegen die endlose Fortsetzung der Corona-Gängelung – Lauterbach und Genossen drohen diese ja bereits für den kommenden Winter anwenden. Für die Beantwortung fehlt weiterhin die Datenbasis. Zuletzt wurde dies auch öffentlich bekannt, als die Bundesregierung den Bericht des Sachverständigenausschusses „Evaluation der Rechtsgrundlagen und Maßnahmen der Pandemiepolitik“ zur Kenntnis nahm.

Ein Zitat daraus: „Eine genaue Quantifizierung der Effekte ist jedoch aufgrund der defizitären Datengrundlage nicht möglich und erlaubt keine Evaluation der erwünschten und unerwünschten Wirkungen der KPN [Kontaktpersonennachverfolgung] einschließlich Isolierung und Quarantäne.“ Mit anderen Worten: Ob die Maßnahmen etwas bringen oder gebracht haben, wissen wir nicht. Dieser Satz gilt bedauerlicherweise auch für das Land Brandenburg, da sich die Landesregierung in vielen Dingen auf den Bund verließ und auch weiterhin verlässt.

Wir wollen in einem weiteren Corona-Untersuchungsausschuss insbesondere die folgenden drei Themenkomplexe aufarbeiten:

1. Kinder und Jugendliche – Lockdown, Erkrankungen, Suizide, Bildung, Sport und Gesundheit

Unsere Kinder sind die am stärksten Betroffenen der Corona-Maßnahmen gewesen – und sie sind es bis heute. Sie haben während der Lockdowns still gelitten. Sie hatten keine Lobby. Sie saßen mit Masken bei klirrender Kälte und offenem Fenster in der Schule, als Schulbesuche wieder möglich waren, obwohl recht früh bekannt war, dass Kinder nicht zu den gefährdeten Personen gehörten.

2. Impfstrategie, Impfwirkungen, Impfnebenwirkungen und Impfwerbung

„In dieser Pandemie wird es keine Impfpflicht geben. Und das gilt“, so Jens Spahn, ehemaliger Bundesgesundheitsminister, am 13. Januar 2021. Die Einführung der Impfpflicht scheiterte, weil schon damals begründete Zweifel an der Wirksamkeit der angeblich nebenwirkungsfreien Impfstoffe aufkamen. Zweifel wurden zwar als Verschwörungstheorien und Kritiker als Schwurbler abgetan, doch mittlerweile bestätigen die Erfahrungen geimpfter und nicht zuletzt „geboosterter“ Menschen, dass die vermeintlichen Verschwörungstheorien sich Schritt für Schritt leider bewahrheiten. Es gilt daher aufzuklären, was die Landesregierung wusste und möglicherweise bewusst in Kauf nahm.

3. Polizeiliche Repressionsmaßnahmen bei Demonstrationen gegen die Corona-Politik

Mit fortschreitender Dauer der sogenannten Corona-Pandemie wandten sich immer mehr Menschen in unserem Lande gegen die Corona-Politik von Bund und Ländern. Die landesweiten friedlichen Proteste nahmen von Woche zu Woche zu. Die Regierenden unseres Landes unternahmen Anstrengungen bis hin zu polizeilichen Repressionsmaßnahmen, um diese legalen und legitimen demokratischen Proteste einzudämmen. Diese Verfehlungen der Regierung wollen wir untersuchen. Um die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen, müssen die richtigen Fragen gestellt werden. Und diese werden wir im Corona-Untersuchungsausschuss 2 schonungslos stellen.

Lars Hünich,
Obmann im UA Corona 7/1

MITTELSTAND SCHÜTZEN, RE-INDUSTRIALISIERUNG VORANTREIBEN!



Quelle: Adobe Stock / Blue Planet Studio

Der Mittelstand leidet unter den Folgen unberechenbarer Corona-Sanktionen, unter steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, hohen Lohnnebenkosten, Steuerbelastungen und der mangelnden Wertschätzung schwerer körperlicher Arbeit. Arbeitsplätze in der Industrie, im Handwerk und in der Dienstleistungsbranche haben im Lohngefüge stark an Attraktivität verloren. Produktionsstrecken werden ins Ausland verlagert, Zukunftsinvestitionen in die Zukunft verschoben. Was Brandenburg nach der Wende von 1989 erlebte, die De-Industrialisierung, trifft nun auch die verdichteten Wirtschaftszonen im Süden Deutschlands.

Die Folgen der Misswirtschaft und die Treuhandpolitik führten gleichermaßen zum dramatischen Verfall der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990: Die Industrieproduktion, die bereits von 1989 bis zum Herbst 1990 um die Hälfte gesunken war, fiel bis April 1991 auf 30 Prozent ihres Ausgangsniveaus von 1989 und konnte sich in den folgenden Jahren kaum erholen. 1997 entfielen auf Ostdeutschland nur noch neun Prozent der Industrieproduktion und rund zehn Prozent der Industriebeschäftigten der Bundesrepublik bei 30 Prozent der Fläche und einem Bevölkerungsanteil von rund 21 Prozent; 1989 hatten die entsprechenden Anteile der Industrie bei 20 bzw. 32 Prozent gelegen.

Die Transformationspolitik von Europäischer Kommission, Bundes- und Landesregierung befeuern die nächste Entindustrialisierungswelle in der jetzigen Energiekrise. In der Folge wird der Mittelstand weiter geschwächt und Fachkräftabwanderung und -mangel zunehmen.

Die AfD-Fraktion zeigt mit dem Antrag „Mittelstand braucht Schutz – Fachkräftemangel bekämpfen, Re-Industrialisierung vorantreiben“ (Drs. 7/3696) einen Weg aus dieser fatalen Entwicklung, der vom Landtag erwartungsgemäß abgelehnt wurde (weil alles abgelehnt wird, was von der AfD-Fraktion kommt, egal ob es den Menschen in Brandenburg hilft). Als Erstes muss durch eine gründliche Entlastung bei den Energiekosten (u. a. Wegfall des fatalen Brennstoffemissionshandelsgesetzes) ein Weiterarbeiten des Mittelstands überhaupt erst ermöglicht werden. Zum zweiten braucht es eine mittelfristig wirksam werdende Fachkräftestrategie und schließlich eine langfristige Re-Industrialisierung unseres Bundeslandes.

Um die formalen Maßnahmen zur Förderung des im primären und sekundären Bereich produktiven Mittelstands, der das Rückgrat des wirtschaftlichen Gesamterfolges darstellt, in der Krise zum Erfolg zu führen, wurde die Landesregierung aufgefordert, 15 historische Industriestandorte im ganzen Land Brandenburg zu identifizieren, die in der neuen globalen Welt mit sicheren Lieferketten jene Güter produzieren können, die den Importen aus Ostasien volkswirtschaftlich verheerend und letztlich marktwidrig nach 1989 geopfert wurden.

Die AfD-Fraktion will eine Verknüpfung der Fachkräftewerbeseite des Bundes „Make it in Germany“ mit der bekannten Seite „Es kann so einfach sein“ erreichen, um die 15 Projekte der Re-Industrialisierung darzustellen. Damit soll für die heimischen und mit dem Internetauftritt auch für die international anzuwerbenden

Fachkräfte ein Anreiz gesetzt werden, im primären und sekundären Bereich in Brandenburg tätig zu werden und ihre Zukunft zu sehen.

Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung und der Koalition krankten dagegen an der Beliebigkeit der Maßnahmen (Drs. 7/3547) bzw. an der unzureichenden Schwerpunktsetzung, was die ungebremste Migration nach Brandenburg befeuert. Die Hochglanzpolitik der Landesstrategien – hier fährt der Brandenburger in seinem Tesla zu seinem Hochleistungscomputer, an dem er Lofts mit Designmöbeln ausstattet und Computerspiele kreiert – geht an der Wirklichkeit völlig vorbei.

Es gilt, gerade in der Krise der globalen Lieferketten, wieder an die traditionellen Produktionsstandorte in Brandenburg anzuknüpfen und aus ihrer Geschichte eine Vision gegen die aktuellen Verwerfungen zu entwickeln. Diese sind durch die ideologisch motivierte Transformationspolitik verursacht. Soweit diese nicht jetzt schon unbezahlbar ist, wird sie in der Energiekrise sterben. Brandenburg braucht Halt in sich selbst und das heißt heute: heimisches, produktives Gewerbe mit sicheren Lieferketten. In diesem Gewerbe werden die Fachkräfte Arbeit und die rationale, begründete Transformation ihre Finanzierung finden.

*Steffen John,
Wirtschaftspolitischer Sprecher*

*Peter Drenke,
Arbeitsmarktpolitischer Sprecher*

GRENZEN SCHÜTZEN, ABSCHIEBEOFFENSIVE STARTEN!

ENTWICKLUNGSHILFE AN DIE RÜCKNAHME ILLEGALER MIGRANTEN KOPPELN.

Quelle: Adobe Stock/ IDibyendu

Im Septemberplenum des Landtages stellte die AfD-Fraktion zwei Initiativen hinsichtlich der Problematik der illegalen Einreise von Ausländern und der Notwendigkeit der stringenten Abschiebung von ausreisepflichtigen und insbesondere vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern zur Debatte.

Mit dem Antrag „Fehler von 2015 nicht wiederholen – illegale Migration stoppen“ (Drs. 7/6400) soll die Flut illegal einreisender Ausländer gestoppt werden. Es werden Selbstverständlichkeiten gefordert wie das unverzügliche Eintreten des Landes Brandenburg, um auf Bundesebene die Einführung nationaler Grenzkontrollen sowie auf EU-Ebene die Kontrolle der EU-Außengrenzen nach dem Vorbild Ungarns und Polens zu realisieren. Zudem soll eine lückenlose Erfassung der Asyl-antragsteller in einem monatlichen Lagebild erfolgen, in dem sämtliche relevanten Daten auf einen Blick abrufbar sind.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Landesregierungen und auch die Bundesregierung ihre ideologischen Utopien auf Kosten der Bevölkerung durchsetzen. Das Narrenschiff Utopia, vor dem schon der CSU-Politiker Franz Josef Strauß gewarnt hat, nimmt schon seit Jahren weiter Fahrt auf und muss schnellstmöglich gestoppt werden. Die grüne Ministerin Nonnemacher will anstatt ursprünglich 4400 Personen nunmehr 36 000 Migranten im Jahr 2022 in Brandenburg aufnehmen (Kosten: ca. eine Milliarde Euro), was sogar noch mehr Menschen als im Jahr 2015 (28 128) wären.

Zusätzlich befinden sich schon jetzt immer mehr Ausländer im Land Brandenburg, deren Asylverfahren rechtskräftig abgeschlossen und die ausreisepflichtig sind. Per Stichtag 30. Juni 2022 hielten sich 9966 ausreisepflichtige, davon 4476 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer in Brandenburg auf.

Ein weiterer Antrag der AfD-Fraktion, „Entwicklungshilfe an die Rücknahme illegaler

Migranten koppeln und Abschiebeoffensive einleiten“ (Drs. 7/6398), fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Neujustierung der deutschen Entwicklungshilfepolitik dahingehend einzusetzen, dass die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Rücknahmebereitschaft illegaler Migranten seitens der Empfängerländer gekoppelt wird. Mit 23,4 Milliarden Dollar (ca. 21 Milliarden Euro) war Deutschland im Jahre 2020 hinter den USA (35,5 Milliarden Dollar) und vor Großbritannien (18,6 Milliarden Dollar) sowie Japan (16,3 Milliarden Dollar) die zweitgrößte Gebernation im Rahmen der Entwicklungshilfe weltweit.

Ein Beispiel in Bezug auf die Verknüpfung von Entwicklungshilfe an die Rücknahme illegaler Migranten war im letzten Jahr der Irak. Im Jahre 2019 war das Land mit 430,6 Millionen Euro der viertgrößte Empfänger deutscher bilateraler Zahlungen für Entwicklungshilfe. Während der Flüchtlingskrise an der polnisch-weißrussischen Grenze im Jahr 2021 unterbreitete die irakische Regierung im November 2021 das Angebot, illegale Migranten aus dem Irak mit Sonderflügen zurück in ihr Heimatland zu holen.

Es mutet für einen Rechtsstaat merkwürdig an, die Einhaltung von Recht und Gesetz annehmen zu müssen. Die Ausreisepflicht wird gesetzlich in § 50 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz wie folgt definiert: „Ein Ausländer ist zur Ausreise verpflichtet, wenn er einen erforderlichen Aufenthaltstitel nicht oder nicht mehr besitzt und ein Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsabkommen EWG/Türkei nicht oder nicht mehr besteht.“ So weit, so einfach: „... ist zur Ausreise verpflichtet“!

Und nicht nur das – der vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer macht sich auch gemäß § 95 Aufenthaltsgesetz strafbar. Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht ist in § 58 Aufenthaltsgesetz legal definiert. Sie

ist die Voraussetzung der Abschiebung. Und gemäß § 60a Aufenthaltsgesetz gibt es Möglichkeiten der vorübergehenden Aussetzung der Abschiebung, genannt Duldung. Mit der Duldung wird der Aufenthalt des Ausländers nicht rechtmäßig, aber die Strafbarkeit wegen illegalen Aufenthaltes nach § 95 Abs. 1 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz entfällt für den Zeitraum der Duldung. Eine Strafbarkeit wegen selbst verschuldeter Passlosigkeit gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 1 Aufenthaltsgesetz bleibt weiter bestehen.

Das Kernproblem liegt unter anderem darin, dass eine Vielzahl der Ausreisepflichtigen unser Land nicht freiwillig verlässt und so den Platz für die tatsächlich Hilfsbedürftigen besetzt. Wenn die ausreisepflichtigen Ausländer ihrer Verpflichtung nachkommen würden, wäre auch die Kapazität für echte Kriegsflüchtlinge da, denen dann geholfen werden könnte. Und nicht zuletzt würde das Kriminalitätsgeschehen in Brandenburg signifikant sinken, da insbesondere ausreisepflichtige Ausländer überproportional in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu finden sind.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird die Bereitschaft zur Rücknahme der Ausreisepflichtigen durch deren Heimatländer steigen, wenn die Nichtbefolgung mit einem erheblichen Verlust von finanziellen Mitteln einhergeht. Zudem könnte man womöglich die Migration von vornherein verhindern, wenn Fluchtursachen vor Ort bekämpft würden und so das Interesse einiger Länder abnähme, ihren Bevölkerungsüberschuss an westliche Länder „abzugeben“.

*Lena Kotré,
Innenpolitische Sprecherin*

*Volker Nothing,
Migrationspolitischer Sprecher*



VERHEERENDE CORONA-BILANZ DER REGIERUNG! FAKTEN STATT FRAMING AUF DER HOCHKARÄTIG BESETZTEN CORONA-KONFERENZ DER AfD-FRAKTION

Ist die Corona-Pandemie wirklich eine schreckliche Virus-Katastrophe, in die wir kopflos hineingeschlittert sind? Oder wurde die neue Atemwegserkrankung schon kurz nach ihrem Ausbruch schamlos zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen missbraucht? Zu diesen Fragen lud der Arbeitskreis Gesundheit der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg am 23. September zu einer öffentlichen Konferenz ein.



Angelika Barbe

Im Rahmen dieser gut besuchten Veranstaltung kritisierte die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Angelika Barbe den antifreiheitlichen Geist der Pandemie-Politik. Als ausgewiesene Kennerin totalitärer Mechanismen zeigte sie erschreckende Parallelen zum kommunistischen Unrechtsregime in Ostdeutschland vor 1990 auf. Hierzu gehören insbesondere die Unterdrückung von Informationen und die Diskreditierung von Kritikern in Politik und Medien.

So behauptete die Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), ihrer

Beobachtung nach „terrorisieren die Ungeimpften die Mehrheit“. Unions-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) sinnierte über 2G am Arbeitsplatz, also ein flächendeckendes Berufsverbot für Ungeimpfte. In dieselbe Richtung zielte sein Parteifreund Ruprecht Polenz, der sich offenbar eine Änderung des Grundgesetzes wünschte, als er sagte: „Ungeimpfte und Geimpfte sind nicht gleich und verdienen keine Gleichbehandlung vor dem Gesetz.“ Rückendeckung kam von RTL-Politikchef Nikolaus Blome. Er forderte unumwunden „gesellschaftliche Nachteile für Menschen, die auf eine Impfung verzichten; möge die Gesellschaft mit dem Finger auf sie zeigen.“ Unterstützt vom TV-Show-Arzt Eckart von Hirschhausen, der Ungeimpfte öffentlich als „asozialer Trittbrettfahrer“ brandmarkte.

Barbe verwies darüber hinaus auf „Polizeigewalt, Strafbefehle, Bußgelder und Hausdurchsuchungen“, um „die Menschen gefügig zu machen“, und resümierte: „Das erinnert mich dermaßen an die DDR, ich kann es gar nicht anders sagen.“

Verwunderlich ist diese Entwicklung nicht, da sich hinter der vorgeblichen Gesundheitsvorsorge vor allem finanzielle und politische Interessen verbergen. Das zeigt sich auch daran, dass die Impfkampagne wieder hochgefahren werden soll. Mit den neuen Einschränkungen und Regelungen durch das Infektionsschutzgesetz hat die Regierung jede wissenschaftliche Vernunft hinter sich gelassen. Es geht nur noch um politische Machtausübung.

„Corona“ nimmt einfach kein Ende, obwohl viele es zu Recht nicht mehr hören können. Die Pandemie ist zu Ende, die Maßnahmen sind es aber nicht. In Brandenburg gehen die anhaltenden Verbote und Regulierungen insbesondere

auf die grüne Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher zurück. Nachdem im Juli der Bund sein neues, überzogenes Infektionsschutzgesetz vorgestellt hatte, setzte Brandenburg noch einen drauf: Nonnemacher verlangte noch schärfere Regeln, darunter Abstandsgebote, Masken in Innenräumen und Hygienekonzepte.

Die Wirklichkeit im Land ist aber eine andere. Keiner versteht mehr, warum in Bussen und Bahnen eine FFP2-Maske getragen werden muss, in Flugzeugen aber nicht. Oder warum wieder Masken und Tests in Schulen möglich werden sollen. Denn bisher konnte damit das Virus kaum eingedämmt werden. Fast alle Schüler hatten mittlerweile Corona und haben dadurch eine natürliche Immunität.

Selbst die Tageszeitung *Die Welt* stellte unlängst fest, dass Deutschland sich auf einem europäischen coronapolitischen Sonderweg befindet. Großbritannien, Spanien oder auch Bulgarien behandeln das Virus schon lange wie eine normale Grippe – und bei uns gilt seit dem 1. Oktober eine verschärfte Impfpflicht. In der Gesundheitswirtschaft sind Mitarbeiter jetzt verpflichtet, sich dreimal impfen zu lassen, sonst kann ein Berufsverbot greifen. Im Landkreis Oder-Spree ist das bereits zweimal geschehen.

Diese Gängelungen der Regierungsparteien dauern jetzt seit über zwei Jahren an. Nur dank der massiven Proteste auf der Straße und dem konsequenten Eintreten der AfD im Parlament für die Freiheitsrechte der Bürger konnte eine allgemeine Impfpflicht abgewendet werden. Das betonte auf der Konferenz auch Dr. Susanne Wagner. Sie ist Regulatory Affairs Managerin in der Pharmabranche und kümmert sich um behördliche Genehmigungen rund um Arzneimittel. In dieser Funktion berichtete sie von den



Dr. Susanne Wagner



Dr. Christoph Berndt

haarsträubenden Versäumnissen und gezielten Unterlassungen rund um die Zulassung der Covid-19-Impfstoffe. Dies hat echtes Potenzial, sich zum größten Pharma-Skandal seit Contergan zu entwickeln.

Wagner erläuterte zunächst die strengen Zulassungsregeln für Arzneimittel. Bei den Corona-Impfstoffen wurden diese Sicherheitsstandards jedoch fast restlos über Bord geworfen. So habe es „keine korrekte Dosisfindung“ gegeben, sondern man habe einfach entschieden: „Wir nehmen die 30 Mikrogramm.“ Ein gefährliches Unterfangen, wie die Expertin gelernt hat. „Als ich mit meinem Job angefangen habe, wurde mir eingebläut: Man muss immer jeden Teufel hinter jedem Busch suchen, denn wenn nachher irgendeinem Menschen etwas passiert, fällt das dem Unternehmen auf die Füße. Das scheint jetzt keine Rolle mehr zu spielen.“

Den Grund dafür finden wir in Brüssel. Denn die EU hat beschlossen, dass der Steuerzahler alle Haftungsrisiken übernimmt. Heute wissen wir von schweren Nebenwirkungen und geringer Wirksamkeit. Viele Mängel der genbasierten

Impfstoffe wären mit üblichen Prüfverfahren von vornherein erkennbar gewesen. Doch laut Wagner „wollte man es nicht wissen, und will es bis heute nicht“. Die Wahrheit sei ihrer Meinung nach: „Es gab noch nie ein Arzneimittel, das so schlecht unter Kontrolle ist.“

Für die EU-Abgeordnete und promovierte Biologin Dr. Sylvia Limmer ist das eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Dazu zählt auch die Geheimhaltung von Impfstoffverträgen und Kosten. Immerhin gestand die EU-Kommission ein, dass Zulassungsverfahren „von 10 bis 15 Jahren“ auf wenige Monate verkürzt wurden. Bis heute wird in Brüssel die Aufarbeitung blockiert. Anstatt Fehler aufzuarbeiten, beschäftigt sich die EU damit, „wie man mit kritischen Leuten umgeht, die Dinge hinterfragen, und wie man Informationen verhindert“. Die EU-Fraktion EVP, der auch die CDU/CSU-Abgeordneten angehören, forderte sogar, man dürfe „nicht mehr über Nebenwirkungen sprechen.“ Ausgewiesene Experten, „die seit Jahrzehnten in Medizin und Forschung arbeiteten“, wurden nicht mehr angehört und mussten sich stattdessen „von genau den Leuten als Aktivisten beschimpft lassen, die eineinhalb Jahre zuvor noch Greta Thunberg hinterherliefen.“ Unter diesen Umständen sei eine parlamentarische Kontrolle nicht möglich.

Auch in Brandenburg ist das kaum möglich, denn die Landesregierung plant schon wieder eine neue Impfkampagne. Sogar Minderjährige sollen weiter behelligt werden, obwohl Länder wie Dänemark und Schweden längst von Corona-Impfungen für sie abgerückt sind. Die AfD-Fraktion hat die Regierung bereits aufgefordert, dies zu unterlassen. Gesunde Kinder und junge Menschen brauchen sich definitiv nicht gegen Corona impfen lassen. Das sehen auch

viele Experten so und fordern eine Neubewertung der STIKO-Impfempfehlung. Zudem wäre es sehr wichtig, endlich die Menschen anzuhören, die durch die Impfung bereits zu Schaden kamen. Dazu brauchen wir endlich eine Erfassung aller Impfnebenwirkungen und Ansprechpartner für die Opfer vor Ort.

Ein unüberlegtes „Weiter so“ darf es nicht mehr geben. Zum Wohle der Menschen. Diese sind als Steuerzahler ohnehin alle mitgeschädigt:



Dr. Daniela Oeynhausens

680 Millionen Impfdosen hat alleine die Bundesregierung mit unserem Geld eingekauft. Ein großer Teil davon ist bereits vernichtet oder verschenkt worden. Die EU, ebenfalls ausfinanziert vom deutschen Steuerzahler, sicherte sich stolze 4,6 Milliarden Dosen Corona-Impfstoff. Bei etwa 450 Millionen Einwohnern eine gewaltige Menge Sondermüll!

*Dr. Daniela Oeynhausens,
Gesundheitspolitische Sprecherin*



Dr. Sylvia Limmer

DEM TRAUM VOM EIGENHEIM EINEN SCHRITT NÄHER



Quelle: Adobe Stock / marcus_hofmann

Die AfD-Fraktion hat in der Beratung des Brandenburger Landtages am 15. September 2022 einen Antrag mit dem Titel „Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb selbstgenutzten Wohneigentums abschaffen“ (Drs. 7/5678) eingebracht. Unser Ziel ist es, die Bürger zu entlasten, und das bedeutet, ihnen mehr Netto vom Brutto zu lassen! Das Schröpfen der Bürger muss ein Ende haben, das war immer das Anliegen der AfD-Fraktion. Aber die jetzigen Rahmenbedingungen, mit der hohen Inflation, schreien förmlich nach schnellem und wirksamem Handeln.

Mit unserem Antrag wollen wir die Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb selbstgenutzten Wohneigentums abschaffen. Deutschland hat von allen EU-Ländern mit 46,5 Prozent die niedrigste Wohneigentumsquote. Brandenburg lag, Stand 2018, mit 47,8 Prozent knapp darüber. Das ist ein Zustand, mit dem man nicht zufrieden sein kann.

Abhilfe muss endlich geschaffen werden, oder wie ein Internetnutzer im Chat bemerkte: Der Blitz der Erkenntnis muss uns Politiker treffen.

Wohneigentum ist immer noch die beste Vorsorge für das Alter, denn Eltern und Großeltern haben den bekannten Spruch im Herzen: „Meinen Kindern/Enkelkindern soll es einmal besser gehen.“ Mit der gegenwärtigen Politik ist dies ein frommer Wunsch. Das Erreichen des Ziels wird im Gegenteil immer unwahrscheinlicher. Die AfD-Fraktion will und kann das nicht akzeptieren.

Seit 2006 können die Bundesländer über den Steuersatz für die Grunderwerbsteuer selbst bestimmen. Brandenburg hat den Steuersatz für den Grunderwerb zuletzt im Jahr 2015 von fünf auf 6,5 Prozent angehoben. Wir liegen mit Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen damit an der Spitze aller Bundesländer.

Auch Sachsen plant eine Anhebung der Grunderwerbsteuer auf 5,5 Prozent, aber schlechte Beispiele sollten uns nicht veranlassen, in dieser Frage die Füße stillzuhalten. Orientieren wir uns lieber am Klassenprimus Bayern. Dort beträgt die Grunderwerbsteuer 3,5 Prozent. Deshalb ist, neben der Abschaffung dieser Steuer für den erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Eigentums, eine

weitere Forderung in unserem Antrag, die Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent vorzunehmen.

Das ist einerseits weitsichtige Standortpolitik

und andererseits eine nachhaltige Sozial- und Familienpolitik. Natürlich wird die angestrebte Flexibilisierung der Grunderwerbsteuer zu niedrigeren Steuereinnahmen in Brandenburg führen. Aber eine Gegenfinanzierung ist, wie im Antrag dargelegt, möglich, etwa indem Unternehmen die Umgehung der Grunderwerbsteuer durch sogenannte Share Deals wirksam verwehrt wird. Durch weniger Ausnahmeregelungen steigen automatisch die Steuereinnahmen. Außerdem, und da sind wir optimistisch, wird unsere Fraktion im Rahmen der Haushaltsdebatte Einsparpotenziale aufdecken, die für die Finanzierung unseres Anliegens sinnvoll genutzt werden können.

Nicht die zweite Lohntüte im Stile der untergegangenen DDR, also der Erhalt staatlicher Subventionen, ist ein anzustrebendes Ziel, sondern der mündige Bürger, der sein schwer erarbeitetes Geld selbst für seine Bedürfnisse einsetzt. Deshalb kann die Forderung nur lauten: maßvolle Steuern und Abgaben! Die AfD-Fraktion hat mit zahlreichen Anträgen, wie die Forderungen nach Erhöhung des Sparerpauschbetrags oder des Sparerfreibetrags auf 15.000 Euro zeigen, ihren Respekt gegenüber dem Bürger unter Beweis gestellt. Es geht der AfD-Fraktion immer darum, zu ermöglichen, dass der Bürger möglichst viel von den Früchten seiner Arbeit hat. Der Traum vom Eigenheim ist dabei ein wichtiger Bestandteil.

Marianne Spring-Räumschüssel,
Vorsitzende im Ausschuss
Haushalt und Finanzen

Den Blauen Fritz kostenlos

vierteljährlich im Briefkasten – einfach unter

www.afd-fraktion-brandenburg.de/informationen/der-blaue-fritz/ anfordern!





Quelle: Adobe Stock / Petair

GEWALT IN COTTBUS STOPPEN – CITYWACHE UND STADTPOLIZEI EINFÜHREN!

Meine Heimatstadt Cottbus wurde durch die *Lausitzer Rundschau* als „Gewalthauptstadt Brandenburg“ bezeichnet. Zu dem gleichen Ergebnis kommen wir in unserer Broschüre *Schwarzbuch Kriminalität – Ein notwendiger Kommentar zur PKS 2021*, obwohl durch die Vermischung des Landkreises Spree-Neiße und der Stadt Cottbus hinsichtlich der gemeinsamen Ausländerbehörde eine Verzerrung der Daten erfolgt.

Immer wieder kommt es in Cottbus zu massiven Auseinandersetzungen zwischen in den Medien so bezeichneten „Jugendlichen“, „Männern“ und „Gruppen verschiedener Nationalitäten“. Demgegenüber gilt Cottbus beim Verfassungsschutz (eine Abteilung des Innenministeriums) und in den angepassten Medien als angebliche Hochburg rechter Gewalttaten. Doch was zeigen uns diesbezüglich die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)? Im Jahr 2021 gab es in Cottbus acht „rechtsmotiviert“ Gewaltstraftaten, dem stehen für denselben Zeitraum 73 Gewaltstraftaten durch Ausländer gegenüber.

Die Sicherheitslage in Cottbus hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Von Eingewanderten verübte Straftaten wie Bedrohung, Raub, Nötigung und Körperverletzung haben sich infolge der unkontrollierten Grenzöffnung und Massenmigration im Jahr 2015 in den beiden Folgejahren verzehnfacht. Keine Stadt in Brandenburg hatte im Verlauf der unkontrollierten und illegalen Grenzöffnung so viele Migranten aufgenommen wie Cottbus. Und in keiner anderen Stadt in Brandenburg

kommt es im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu mehr Gewaltstraftaten von Ausländern.

Während linke Gruppen und etablierte Medien bemüht sind, die dramatische Entwicklung zu relativieren und auf westdeutsche Großstädte zu verweisen, in denen die Situation noch fürchterlicher ist, hat sogar der Cottbuser Oberbürgermeisterkandidat der SPD das Thema für seinen Wahlkampf entdeckt und genauso wie die AfD-Fraktion die Wiedereröffnung einer durch den CDU-Innenminister Schönbohm 2006 geschlossenen Citywache in Cottbus gefordert. Interessant: Im Oberbürgermeisterwahlkampf wurde noch im Sommer durch den SPD-Kandidaten behauptet, dass er mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg, Daniel Keller, ein Gespräch zu dem Thema Citywache geführt habe, mit dem Ergebnis: „Man sei sich einig, dass Cottbus an dieser Stelle Unterstützung für mehr Polizei vom Land braucht.“

Doch nur kurze Zeit später stellte sich das angebliche Bündnis als abgekartetes Wahlkampfmanöver heraus. Im September brachte die AfD-Fraktion den Antrag „Citywache in Cottbus wiedereröffnen – Brandenburgs Gewalthauptstadt in den Griff bekommen!“ (Drs. 7/6223) zur Abstimmung in den Landtag ein. Er wurde in der Septembersitzung des Plenums von allen anderen Fraktionen (auch der SPD-Fraktion) abgelehnt.

Mit der Ablehnung der Cottbuser Citywache müsste die Stadt nunmehr zur Erreichung der notwendigen Sicherheit zumindest das Ordnungsamts umstrukturieren und die Möglichkeit gewährleisten, die Mitarbeiter mit besonderen

Befugnissen auszustatten – so wie es in westdeutschen Städten mittlerweile gang und gäbe ist. Eine Stadtpolizei ist eine kommunale Einrichtung, die – je nach Bundesland unterschiedlich ausgeprägt – polizeiliche Aufgaben wahrnimmt. Dabei sind die Mitarbeiter uniformiert, tragen die Bezeichnung „Stadtpolizei“ und sind mit Einsatzstöcken oder Reizstoffsprüngeräten ausgestattet. Doch dafür fehlt in Brandenburg bisher der rechtliche Rahmen. Die AfD-Fraktion hat daher einen entsprechenden Antrag mit dem Titel „Stadtpolizei in Cottbus und brandenburgweit ermöglichen“ (Drs. 7/6405) in den Landtag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, unverzüglich die gesetzlichen Grundlagen durch Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes dahingehend zu schaffen, dass Stadtpolizeibehörden in Cottbus und weiteren brandenburgischen Gemeinden ermöglicht werden.

Um die Sicherheit des öffentlichen Raumes in Cottbus wiederherzustellen, die durch das unverantwortliche Handeln der politisch Verantwortlichen verloren gegangen ist, sollte die Kommune eine Stadtpolizei einrichten können. Doch auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Offensichtlich ist die Landesregierung an einer schnellen und effektiven Lösung der Probleme, die durch die illegale Grenzöffnung und die Masseneinwanderung erst in unser Land kamen, nicht interessiert.

*Lars Schieske,
direkt gewählter Abgeordneter im
Wahlkreis 44 (Cottbus II)*

DOPPELHAUSHALT 2023/24: DIE ARROGANZ EINER ABGEHOBENEN UND ÜBERFORDERTEN REGIERUNG



Quelle: Adobe Stock / FotoBob

Das Wort „Zeitenwende“ wird mittlerweile so inflationär gebraucht, dass selbst eine alljährliche Übung wie die Vorstellung des Haushalts durch die Landesregierung nicht ohne dieses Wort auskam. Viele von uns haben bereits eine Zeitenwende bewusst erlebt: die des Jahres 1989. Eine kleine Erinnerung hilft, die gegenwärtigen Vorgänge besser zu verstehen.

Ende September 1989 besuchte Günter Mittag, damals neben Erich Honecker und Erich Mielke der mächtigste Mann der DDR, den VEB Mikroelektronik „Karl Liebknecht“ in Stahnsdorf und überreichte ein Ehrenbanner für beste Leistungen im Wettbewerb zum 40. Jahrestag der DDR. Das war wenige Tage vor den Unruhen in Dresden und Berlin und vor den großen Demonstrationen in Leipzig, Plauen und bald darauf im ganzen Land.

Bei dem Termin in Stahnsdorf traf sich eine andere Welt. Im Namen des Betriebskollektivs dankte Genossin Marlies Busse der Partei- und Staatsführung und fügte an die Adresse von Panikmachern hinzu: „Diese Deutsche Demokratische Republik wird ihren 40. Jahrestag erfolgreich begehen und auch den 45. und den 50.“ Das *Neue Deutschland*, dem all das zu entnehmen war, gab seinem Bericht den poetischen Titel: „Unser Schiff zieht seinen Kurs fest und stolz dahin – bis zum Sieg“. So sah 1989 aus Sicht der Herrschenden aus.

Vergleicht man diese Hybris mit den Verlautbarungen der heutigen Landesregierung, so fällt auf, dass der Haushaltsentwurf 2023/24 (Drs. 7/6352) einem ganz ähnlichen Geist entspringt. „Wir halten an unseren erfolgreich aufgebauten Strukturen fest“, sagt Herr Woidke beinahe im

Stil von Günter Mittag und fabuliert von einem „zukunftsfesten und generationengerechten Haushalt“. Und wie 1989 empfinden das die Menschen im Land ganz anders. Und das zu Recht!

Nachdem die Menschen mit den Corona-Maßnahmen müde gemacht und ganze Existenzen vernichtet wurden, werden sie von der Landesregierung wieder im Stich gelassen! „Hilfspakete“, die irgendwann im Jahr 2023 ankommen, helfen den Menschen nicht, die 2022 von der Wirtschafts- und Energiekrise mit voller Wucht getroffen werden. Schlimmer noch: Diese Krise ist Folge politischer Fehlentscheidungen, welche die Regierung mit zu verantworten hat und mit deren Auswirkungen sie die Brandenburger allein lässt.

Der Bürger wird sich fragen, warum tut die Landesregierung nicht mehr, um die Krise zu bekämpfen? Die Antwort ist so einfach wie ernüchternd: Diese Regierung ist hoffnungslos überfordert. Die Dauerkrise, in der wir uns befinden, ist die Folge der irrationalen Politik in Bund und Land. Eine konsequente Bekämpfung der Krise wäre nur durch einen Politikwechsel möglich, der die Ursachen von Energiekrise und Inflation bekämpft. Und diese Ursachen haben nichts mit Putin zu tun, sondern mit der Energiewende und der Sanktionspolitik, mit dem fortdauernden Irrsinn der Corona-Politik und der unbegrenzten Zuwanderung nach Deutschland.

Die Lage ist dramatisch. Wer das anders darstellt, will den Bürgern Sand in die Augen streuen. Und genau das tut die Landesregierung, wenn sie in einer Situation wie der gegenwärtigen einen Doppelhaushalt einbringt. Nur um

den Irrsinn deutlich zu machen: Es ist noch nicht einmal sicher, ob im Winter die Straßen beleuchtet werden können, geschweige denn, ob genügend Gas zum Heizen vorhanden sein wird. Die Regierung kann also noch nicht einmal seriös die Entwicklungen der nächsten Monate absehen, legt sich aber für zwei Jahre fest!

Die Rückkehr zu Doppelhaushalten sei „die richtige Entscheidung“. Damit könnten trotz der vorhandenen äußeren Unwägbarkeiten „über einen längeren Zeitraum mehr Struktur und Verbindlichkeit in wesentliche Bereiche der Haushaltswirtschaft des Landes gebracht werden“. So wird ausgerechnet Finanzministerin Lange zitiert, die ansonsten eher für Vernunft und Realismus bekannt ist. Die Logik – je größer die Unsicherheit, desto länger der Planungszeitraum – leuchtet ganz und gar nicht ein. Und tatsächlich hat die Regierung nicht einmal zwei Wochen nach Vorstellung ihres Haushaltsentwurfs bereits einen Nachtrag von zwei Milliarden Euro angekündigt und die Finanzministerin sogar von fünf Milliarden gesprochen. Wir werden prüfen lassen, ob diese „richtige Entscheidung“ auch rechtens ist, wenn schon mit der Einbringung des Entwurfs ein Nachtragshaushalt beschlossene Sache ist.

Dieser brandenburgische Haushalt 2023/24 ist Ausdruck der Arroganz der Macht, die meint, dass ihr die Sorgen der Bürger egal sein können. „Unser Schiff zieht seinen Kurs fest und stolz dahin – bis zum Sieg“, das dachte die SED noch 1989 – und sie hat sich getäuscht.

*Dr. Hans-Christoph Berndt,
Fraktionsvorsitzender*

DAS SCHWARZBUCH „KRIMINALITÄT IN BRANDENBURG“ DECKT DIE VERSÄUMNISSE DER LANDESREGIERUNG AUF

Wie in jedem Jahr veröffentlichte das Innenministerium in Brandenburg zum Ende des ersten Quartals 2022 die sogenannte PKS, das heißt die Polizeiliche Kriminalstatistik des Vorjahres. Der dabei herausgestellte Rückgang der Kriminalität lässt sich mit unseren Erfahrungen und dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Brandenburger Bevölkerung jedoch nicht in Einklang bringen, sodass sich die AfD-Fraktion in diesem Jahr die Mühe gemacht hat, die präsentierten Zahlen genauer unter die Lupe zu nehmen.

Bereits nach Auswertung der Zahlen der Pressemitteilung wurde deutlich, dass von einem Kriminalitätsrückgang keine Rede sein kann. So sind die Mordermittlungsverfahren brandenburgweit um sechs Fälle auf 16 Verfahren im Jahr 2021 angestiegen; zusammen mit Ermittlungsverfahren wegen Totschlages sind es sogar 41 Fälle mehr als 2020. Problematisch ist in diesem Zusammenhang außerdem, dass die PKS keine Eingangsstatistik ist, in der jeder Fall entsprechend dem Tattag gewertet wird.

Stattdessen handelt es sich um eine sogenannte Ausgangsstatistik, das heißt, erst die Abgabe des Ermittlungsverfahrens der Polizei an die Staatsanwaltschaft zählt für die Statistik, sodass eine Vielzahl von Taten gar nicht 2021, sondern schon 2020, 2019 oder noch früher begangen worden sein kann. Eine aufklärende Kleine Anfrage zu diesem Thema wurde durch die Landesregierung trotz mehrmaliger Nachfrage nicht beantwortet (vgl. Drs. 7/5559,

Drs. 7/5814 u. Drs. 7/6139). Wegen der unvollständigen Aussagekraft der PKS fordert die AfD-Fraktion, die Kriminalitätsstatistik zu reformieren, indem sämtliche Straftaten als Eingangsstatistik erfasst und mit der Justizstatistik zusammengeführt werden (vgl. Drs. 7/5319).

Die Überprüfung des Zahlenmaterials hat ergeben, dass Ausländer im Vergleich zu Deutschen um ein Vielfaches krimineller sind. Wenn man den Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in das Verhältnis zum Anteil an den Straftaten setzt, ergibt sich, dass Ausländer 6,3-mal häufiger tatverdächtig waren. Von den Nationalitäten her waren besonders Georgier, Iraker und Moldawier der Begehung von Straftaten verdächtig. Darin sind die Ausländer nicht enthalten, die zwischenzeitlich eingebürgert worden sind, das heißt einen deutschen Pass erhalten haben. Viele von ihnen haben daneben auch noch ihren „Heimatpass“, was aber dann in der Kriminalitätsstatistik nicht mehr erfasst wird. Ebenso wenig werden die Migrationshintergründe in der Kriminalitätsstatistik erfasst, wenn nach Einbürgerung ein deutscher Pass vorhanden ist.

In unserer Broschüre wird die Kriminalitätslage in sämtlichen 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten im Land Brandenburg einzeln beleuchtet. Der Landkreis Spree-Neiße und die kreisfreie Stadt Cottbus konnten nur zusammen betrachtet werden, da seit dem 1. April 2013 beide Verwaltungseinheiten lediglich über eine gemeinsame Ausländerbehörde

verfügen. Auch hier liegt der Grund in der Verfälschung von Zahlen – die Ausländerzahlen der Gewalthauptstadt Cottbus gehen in dem „ruhigeren Umland“ des Landkreises Spree-Neiße auf.

Neben der strukturellen Problematik der politisch von den Altparteien SPD und CDU sowie von Grünen und Linken nicht gewollten Abschiebung der ausreisepflichtigen (Stand 31.12.2021: 9133) bzw. vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer (Stand 31.12.2021: 4460) und dem anhaltenden Zustrom von illegalen Einwanderern ist ein weiteres Problem die mangelnde Polizeipräsenz. Im Rahmen der Polizeistrukturreform des Jahres 2011 sollten die Polizeistellen massiv von damals 8900 auf 7000 abgebaut werden. Verantwortlich dafür war unter der seinerzeitigen SPD-Linke-Landesregierung der damalige Innenminister und jetzige Ministerpräsident Woidke. Auch wenn die Nachfolger von Woidke als Innenminister den Fehler zu korrigieren versuchten, ist heute mit lediglich ca. 8200 Polizisten noch nicht einmal der Wert von 2011 erreicht.

Kein Wunder also, dass die Ausländerkriminalität steigt. Die Vorschläge der AfD-Fraktion zur Verbesserung der Sicherheitslage, darunter die Verstärkung der Polizei auf 9000 Polizeibeamte, sind von der Landtagsmehrheit abgelehnt worden. Wir bleiben aber weiterhin am Ball!

*Lena Kotré, Innenpolitische Sprecherin
Wilko Möller, Sicherheitspolitischer Sprecher*



DAS FAKTENPAKET ZUR KRIMINALITÄT

Die Kriminalität in Brandenburg steigt seit Jahren an. Die gegenteilige Behauptung der Landesregierung ist reine Wählertäuschung. In den wesentlichen Deliktfeldern wie Mord, häuslicher Gewalt, Sexualdelikten und Drogenkriminalität, bei illegaler Einreise und unerlaubtem Aufenthalt ist auch 2021 ein massiver Anstieg zu verzeichnen. Unsere Broschüre *Schwarzbuch Kriminalität in Brandenburg* fasst die Zahlen und Fakten übersichtlich zusammen. Jetzt bestellen!

**Beziehen Sie unsere Broschüre kostenfrei über
presse@afd-fraktion.brandenburg.de**



Quelle: Adobe Stock / Björn Wylezich

REGIERUNG SCHÖNT ARBEITSMARKTBERICHT!

Von Mitte 2020 bis zum Jahr 2021 hat sich die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit ausländischer Staatsangehörigkeit von 58 000 Personen auf ganze 71 000 Personen vergrößert. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage von SPD, CDU und Grünen (Drs. 7/6334) hervor, die mit diesen Zahlen ihre Bilanz in einem hellen Licht erstrahlen lassen möchte.

Das wahre arbeitsmarktpolitische Bild in Brandenburg sieht etwas anders aus: Es gibt prekäre Jobs für Neuankömmlinge, selbst ohne Staatsangehörigkeit. Und es gibt, trotz der unüberschaubaren Maßnahmen, kaum oder gar keine Jobs für Menschen, die schon länger in Brandenburg leben und Arbeit suchen. Hinzu kommt: Der durchschnittliche monatliche Bruttoverdienst von Frauen 2021 lag mit 3.480 Euro brutto im Monat höher als der von Män-

nern (3.448 Euro). Das hat nichts mit Gleichberechtigung zu tun, sondern mit prekären Jobs für männliche Ausländer, die den Durchschnittsverdienst senken und von der Landesregierung als Integrationsleistung verkauft werden

„Arbeit muss sich wieder lohnen“, hieß es vor vielen Jahren. Dazu braucht es nicht nur faire Gehälter, sondern auch ein Ende der unkontrollierten Einwanderung von „Leistungsbeziehern“ und für unsere Jugendlichen wieder mehr Perspektiven in ihrer Herkunftsregion. Bei der jetzigen Politik können wir noch lange darauf warten, dass Tarifverträge der Inflation angemessen sind, denn die Inflation ist Folge dieser Politik.

*Peter Drenske,
Arbeitsmarktpolitischer Sprecher*



Quelle: Adobe Stock / IdeaLabProduction

CHRISTEN SIND KEINE OPFER ZWEITER KLASSE!

Immer dann, wenn es in Deutschland zu Angriffen auf religiöse Einrichtungen oder Personen kommt, die nicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft zugeordnet werden können, startet in Höchstgeschwindigkeit der Empörungs- und Vorverurteilungsapparat, der nicht nur eine berechnete rechtsstaatliche Aufklärung, sondern auch mehr Geld im so-

genannten „Kampf gegen rechts“ fordert. Daneben gibt es eine Gruppe, die in Deutschland keine Lobby besitzt: Christen. In Berlin sind seit 2006 mindestens 1495 Straftaten gegen religiöse Einrichtungen verübt worden. Davon waren 39 jüdische und 64 muslimische Einrichtungen betroffen, während es in 1392 (!) Fällen christliche Gebäude traf.

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg hat daher im August 2022 eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, in der um eine konkrete Aufschlüsselung der einzelnen Straftaten gegen religiöse Einrichtungen gebeten wurde (Drs. 7/6356). Die Zahlen zeigen auch hier, dass vorrangig christliche Einrichtungen von Angriffen betroffen sind: In 17 Fällen traf es jüdische und seit dem Jahr 2013 dreimal muslimische Einrichtungen, 51 Straftaten wurden in Brandenburg zum Nachteil von christlichen Einrichtungen verübt. Das Schweigen von Politik und Medien spricht Bände.

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg lehnt diese verlogene Hierarchie der Opfer entschieden ab und wird sich mit aller Entschlossenheit dafür einsetzen, dass Christen ihrem Grundrecht auf Religionsfreiheit ohne Angst vor Übergriffen nachkommen können. Unsere Fraktion wird die maßgeblichen Ursachen für diese beschämende Entwicklung immer wieder klar benennen und konsequent bekämpfen. Dazu gehören nicht nur die ideologische Ignoranz unserer Regierung und die anhaltende Massenzuwanderung aus islamisch geprägten Regionen, sondern auch der notorische Selbsthass auf Deutschland als christlich geprägte Region im Herzen Europas.

*Andreas Kalbitz,
Mitglied im Arbeitskreis Wissenschaft,
Forschung und Kultur*

AUFGEDECKT:

MINISTERPRÄSIDENT WOIDKE NUTZTE 7.000-EURO- BAHNCARD NIE!

Im Bundesrat in Berlin kommen regelmäßig Minister und Ministerpräsidenten aus den 16 Bundesländern zusammen, um etwa über Gesetzentwürfe zu beraten. Um zum Bundesrat anzureisen, erhalten sie jährlich eine kostenlose Jahreskarte für die erste Klasse der Deutschen Bahn, die sogenannte DB Netzkarte First im Wert von rund 7.000 Euro.

Allein der Umstand, dass der Bundesrat aber nur elfmal pro Jahr tagt, wirft schon die Frage auf, ob dafür tatsächlich jedem Mitglied eine so teure Luxus-Bahncard gestellt werden muss. Zudem verfügen die Regierungsmitglieder aus den Ländern über Dienstwagen samt Fahrer, die regelmäßig das bevorzugte Fortbewegungsmittel sind. Speziell für Brandenburgs Mitglieder des Bundesrates kommt noch hinzu, dass Berlin nicht weit weg ist und daher die Bahn weniger genutzt wird als der hauseigene Dienstwagen. Daher stellte ich eine Anfrage an die Landesregierung (Drs. 7/5871), welche Minister solch eine Karte haben und sie tatsächlich auch nutzen. Die überraschende Antwort (Drs. 7/6185) lautete: „Ministerpräsident Dr. Woidke verfügt über eine Persönliche Netzkarte First.“ Und: „Für Ministerpräsident Dr. Woidke fiel keine Nutzung an.“ Und schließlich: „Die Karte [...] wurde aber inzwischen an den Bundesrat zurückgegeben.“

Auf meine weitere mündliche Anfrage in der September-Plenarsitzung erhielten wir die Auskunft, die Karte sei am 23. August 2022 zurückgegeben worden und somit exakt in der Zeit, als unsere erste schriftliche Anfrage dazu bei der Landesregierung in der Beantwortung war.

Augenscheinlich ist die Landesregierung erst durch unsere Anfrage darauf aufmerksam geworden, dass über einen Zeitraum von neun Jahren mindestens 60.000 Euro Steuergeld für buchstäblich nichts verbrannt wurden, da Ministerpräsident Woidke die Karte definitiv niemals genutzt hat. Dieses Beispiel zeigt wieder einmal, wie leichtfertig auch in so



bild.de vom 14. September 2022

schwierigen Zeiten, wie wir sie aktuell erleben, mit Steuergeldern umgegangen wird. Während über eine Fortsetzung des 9-Euro-Tickets gerungen wird und die Arbeitnehmer sich den Kopf zerbrechen müssen, wie sie ihre Fahrtkosten zur Arbeit überhaupt noch bezahlen können, wird den 69 Mitgliedern des Bundesrates ermöglicht, kostenlos einen 7.000 Euro teuren Freifahrtsschein für die Bahn zu bekommen, auch wenn sie diesen niemals nutzen!

Die Anfragen unserer Fraktion und die Antworten der Landesregierung zeigen klar auf, dass gerade der Bereich Dienstreisen und Dienstwagen sowie die Bereitstellung von Vergünstigungen aller Art für Regierungsmitglieder ganz besonders genau geprüft werden müssen. Es könnte sein, dass die „Affäre Woidke“ nur die Spitze des Eisberges ist und noch weitaus mehr solcher Steuerverschwendungen bisher unentdeckt sind.

Dieses Beispiel zeigt aber auch ganz klar, wie wichtig eine gute und intensive Oppositionsarbeit und somit die Kontrolle der Regierung durch die Abgeordneten ist.

*Daniel Münschke,
Vorsitzender im Ausschuss „Infrastruktur und Landesplanung“*

Rundbrief der AfD-Fraktion Brandenburg

Tragen Sie sich in unseren Rundbrief ein – bleiben Sie stets informiert!

Jetzt anmelden unter
www.afd-fraktion-brandenburg.de/rundbrief



ZUKUNFTSZENTRUM FÜR DEUTSCHE EINHEIT: CHANCEN UND RISIKEN

Interview mit Wilko Möller, direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis 35, Frankfurt (Oder), und Sicherheitspolitischer Sprecher

Blauer Fritz: Der Landtag hat am 15. September in namentlicher Abstimmung mit 55 Jastimmen, 18 Neinstimmen und einer Stimmenthaltung beschlossen, die Bewerbung der Stadt Frankfurt (Oder) als Standort für das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation zu unterstützen. Worum handelt es sich bei diesem Zentrum?

Wilko Möller: Die CDU unter Frau Merkel hatte sich vorgenommen, etwas für Frankfurt (Oder) zu tun, um auch die AfD als starke Kraft vor Ort zurückzudrängen. Mit dem Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation soll angeblich erforscht werden, wie sich die Bürger im Prozess der Vereinigung beider deutscher Staaten veränderten, und auch die Veränderungen im Zuge der Einigung Europas verändern die Bürger, was ebenfalls wissenschaftlich analysiert werden soll. Die AfD-Fraktion wurde nicht einbezogen, als man die Beschlussvorlage für das Parlament entwickelte. Alle anderen Parteien standen auf dem Antrag.

Blauer Fritz: Abgrenzung von der AfD ist ja der wichtigste gemeinsame Nenner der Altparteien. Insofern ist das doch nicht verwunderlich?

Wilko Möller: Nein, natürlich nicht. Dieses Projekt richtet sich gegen die AfD. Man will den Ostdeutschen Demokratie beibringen. Der ehemalige Ostbeauftragte Wanderwitz (CDU) hat bei der Bundespressekonferenz am 16. Juni 2021 klar gesagt, dass dieses Zukunftszentrum die Deutschen in der ehemaligen DDR von der AfD fernhalten soll. Ich habe mich aber bei der Abstimmung enthalten, weil ich als Frankfurter eine etwas andere Sichtweise auf das Zentrum habe und in erster Linie das Geld sehe, das in meiner Stadt investiert wird. Dafür habe ich mir auch Ärger mit meiner AfD-Fraktion im Landtag eingehandelt. Aber als direkt gewählter Mandatsträger aus Frankfurt (Oder) bin ich dieser Stadt verpflichtet und werde mich immer für Frankfurt einsetzen.

Blauer Fritz: Das Ganze klingt nach einem größeren Projekt. Um wie viel Geld geht es und an welche Bedingungen ist es geknüpft?

Wilko Möller: 200 Millionen Euro sind angesetzt. Aber bei der derzeitigen Inflation denke ich eher an 300 Millionen Euro. Die Bedingung der Ausschreibung ist, dass die Frankfurter diese Investition auch wollen. Aus den Bewerbungsunterlagen geht hervor, dass die Chancen stark sinken, wenn große Teile der Frankfurter Politik die Bewerbung nicht mittragen. Darum musste ich meine starke AfD-Fraktion in Frankfurt auch umstimmen. Sie wollte sich erst enthalten – analog zu meinem Stimmverhalten im Landtag. Aber in der wichtigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 15. September 2022, die unmittelbar nach der Landtagssitzung stattfand, konnte ich nach einer Auszeit der SVV und nach Konsultation wichtiger Personen auch aus der CDU meine Fraktion zur Zustimmung bewegen. Man muss auch in der Lage sein, über seinen Schatten zu springen, denn die Bürger vor Ort sollen profitieren. Das hat mir viel Ärger eingebracht. Rückgrat hat nicht jeder, wenn es darauf ankommt – ich schon!

Blauer Fritz: Welche Auswirkungen hätte die Errichtung des Zukunftszentrums in Frankfurt (Oder)?

Wilko Möller: Das Projekt soll 2028 in Betrieb gehen. Das ist noch eine lange Zeit. Es werden neben der Investitionssumme rund 43 Millionen Euro jährliche Betriebs- und Personalkosten anfallen, die der Bund komplett bezahlt. Ungefähr 180 Forscher und Mitarbeiter sollen den Betrieb gewährleisten. Die Regierung hat das Projekt hoch angebunden. Denn alle Schüler Deutschlands sollen einmal im Leben nach Frankfurt (Oder) kommen, um dieses Zentrum zu besuchen.

Blauer Fritz: Wie müsste das Zukunftszentrum ausgerichtet sein, um die ungeteilte Zustimmung der AfD-Fraktion zur Bewerbung zu erreichen?

Wilko Möller: Dieses Zentrum ist politisch gefärbt. Wir gehen davon aus, dass dort in erster

Linie nur „Wissenschaftler“ arbeiten sollen, die in Berlin als Politiker nicht mehr unterkommen oder aus dem Parlament ausscheiden. Wir nennen so etwas Versorgungsposten für ausrangierte CDU-SPD-Grüne-FDP-Demokraten.

Sinnvolle Forschung sieht anders aus. Auch der Begriff „Europäische Transformation“ ist zu unbestimmt. Darunter kann man alles subsumieren, so auch die systematische Auflösung der Nationalstaaten hin zu einem EU-Superstaat, in dem der Bundestag nichts mehr zu entscheiden hat. Dies will die AfD-Fraktion nicht. Wir hoffen, dass sich die politischen Verhältnisse gewaltig in unsere Richtung verschieben. Dann streichen wir die „Europäische Transformation“, sodass es 2028 nur noch „Zukunftszentrum Deutsche Einheit“ heißen wird und dort wissenschaftlich gearbeitet werden kann – zum Wohle Deutschlands!

AfD | FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG

IMPRESSUM

Alternative für Deutschland
Fraktion im Landtag Brandenburg

📍 Alter Markt 1 · 14467 Potsdam
☎ 0331 966 1806
✉ info@afd-fraktion.brandenburg.de

📘 AfD-Fraktion Brandenburg
🔗 t.me/afdfraktionBB
📷 afdfraktionbb
📺 AfD-Fraktion Brandenburg
🐦 AfD_FraktionBB
🌐 www.afd-fraktion-brandenburg.de



FOLGT UNS!



LINKER EXTREMISMUS IN BRANDENBURG

Brennende Autos, eingeschlagene Fenster und körperliche Angriffe sind in Deutschland längst keine Seltenheit mehr. Linksextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft, ganz besonders in Brandenburg.

Wir zeigen Strukturen und Vernetzungen auf und weisen nach, welche linken Gruppen mit Steuergeldern ausgestattet werden. Wir beenden die Verharmlosung des linken Extremismus in Brandenburg.

Beziehen Sie unsere Broschüre kostenfrei über www.linksextremismus-brandenburg.de/broschuere-bestellen/



BRANDENBURGER HEIMAT BEWAHREN!

Die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg strebt eine Stärkung der Regionen an und plädiert für einen neuen Ansatz regionalbezogener Politik als wesentliches Mittel, um wieder ein annähernd gleichgewichtiges Verhältnis zur Natur herzustellen. Nur eine Orientierung an der Heimat als Mittelpunkt der deutschen Gesellschaft führt zu einer umweltschonenderen Wirtschafts- und Lebensweise!

Beziehen Sie unsere Broschüre kostenfrei über presse@afd-fraktion.brandenburg.de



Unser Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Christoph Berndt begrüßt alle Gäste des Herbstempfangs, bedankt sich bei den Organisatoren im Hintergrund und eröffnet das Buffet.

Für die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag richtete Tino Chrupalla einige Grußworte an Gäste und Veranstalter.



Herbstempfang

Mit rund 200 geladenen Gästen aus Kommunalvertretungen, den Landtagen und dem Deutschen Bundestag ließ die AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg den Sommer ausklingen. Bei guten Gesprächen, deftigem Essen und ausreichend Getränken konnten alle Kraft für den „Heißen Herbst“ und den folgenden „Wutwinter“ sammeln. Führungen durch den Plenarsaal sowie unsere Ausstellung „Bildersaal deutscher Geschichte“ sorgten für Abwechslung.



Fachkundig führt Lars Hünich interessierte Gäste durch den Plenarsaal. Probessitzen für die kommende Legislaturperiode?



Auch Dr. Alexander Gauland folgte unserer Einladung. Er war in der vorherigen Legislatur Abgeordneter der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg und vertritt uns nun im Deutschen Bundestag.



Der Herbstempfang bot Gelegenheit, mit unseren Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.



Gäste aus den Kommunalvertretungen, dem Deutschen Bundestag, aber auch anderen Landtagen rundeten den Abend ab.

